

Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2007**Regierungserklärung des Senats für die 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft**

Der Senat übermittelt der Bürgerschaft (Landtag) die Regierungserklärung des Senats für die 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme.

10. Juli 2007

Es gilt das gesprochene Wort!

**Regierungserklärung 2007 bis 2011, abgegeben vom Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Jens Böhrnsen**

Mit dem 13. Mai 2007 sind die Weichen in Bremen neu gestellt worden. Die Sozialdemokratische Partei und Bündnis 90/Die Grünen haben in den Koalitionsverhandlungen einen Vertrag erarbeitet, der eine hervorragende Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bildet. Das gilt für den Vertrag, aber insbesondere auch für die Art und Weise, wie er erarbeitet wurde. Nicht Ressortdenken und Fingerhakeln um einzelne Themen bestimmen die zukünftige Arbeit, sondern das Selbstverständnis einer gemeinsamen Verantwortung für alle Politikbereiche. Rot-grün steht für eine geschlossene Mannschaftsleistung. Gemeinsam tragen wir eine neue Schwerpunktsetzung in der Politik für den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten.

Bremen und Bremerhaven stehen vor großen Herausforderungen. Die Arbeitslosigkeit in unserem Land ist nach wie vor unerträglich hoch. Die Haushaltsnotlage verringert unsere finanziellen Handlungsmöglichkeiten immer stärker. In den kommenden vier Jahren steht die soziale Frage im Mittelpunkt, das drohende Auseinanderdriften unserer Gesellschaft wollen wir stoppen, die Kopplung von Bildungschancen und sozialer Herkunft müssen wir überwinden. Den Herausforderungen des Klimawandels stellt sich die neue Landesregierung. Wir wollen die ethische Dimension des ökonomischen und politischen Handelns stärken, damit die Würde des Menschen immer gewahrt wird.

Die Koalition wird sich allen Anforderungen stellen, um Bremen und Bremerhaven zukunftsfest zu machen und lebenswert für alle Bürgerinnen und Bürger:

- Wir werden die bremische Wirtschaftskraft stärken und uns mit allen Mitteln für Arbeitsplätze einsetzen. Dazu gehört auch die notwendige Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie als Voraussetzung für den zu leistenden ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft.
- Wir werden den sozialen Zusammenhalt und die Chancengleichheit in unseren Städten und deren Quartieren stärken.
- Wir werden die Selbständigkeit und die finanziellen Lebensgrundlagen Bremens sichern.

Dabei werden wir uns vor dem Hintergrund der knappen Ressourcen bei unseren Maßnahmen auf die Stadtteile konzentrieren, in denen ein besonderer sozialer Handlungsbedarf besteht, in denen Armut mehr ist als ein Randphänomen.

Kraftvolle Wirtschaft, ökologische Innovation, existenzsichernde Arbeit

Bremen und Bremerhaven sind wirtschaftlich starke Standorte. Unsere Häfen sind ein mächtiger Wachstumsfaktor. Die maritime Wirtschaft und Logistik, aber auch Automobilindustrie, Luft- und Raumfahrt oder die Stahlindustrie bilden den Kern unserer starken Wirtschaft, von der nicht nur das Land Bremen, sondern auch die Region und die gesamte Republik erheblich profitieren.

Besondere Zukunftschancen sehen wir im Bereich der Umweltwirtschaft. Schon heute arbeiten im Land Bremen 9.000 Menschen in dieser Zukunftsbranche und erwirtschaften insbesondere in mittleren und kleinen Unternehmen einen Umsatz von 2 Mrd. €. Hier liegt ein Potenzial für enormen technologischen Fortschritt, für wirtschaftliches Wachstum und für neue Arbeitsplätze. Erneuerbare Energie und effiziente Energietechnik sichern und schaffen Arbeitsplätze. Durch den Ausbau zum führenden Standort für Offshore-Windenergie in Deutschland erhält gerade Bremerhaven zusätzliche Impulse zur Bewältigung des Strukturwandels. Gleichzeitig wird dadurch ein Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele geleistet.

Durch die Investitionen der Vergangenheit haben wir die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum geschaffen. Wir wollen das Erreichte sichern, aber nach Auslaufen der Sanierungszahlungen muss die öffentliche Investitionstätigkeit den veränderten Umständen angepasst werden. Eine Neuorientierung der bremischen Wirtschaftspolitik ist erforderlich. Durch konsequente Prioritätensetzung werden auch bei geringerem Mitteleinsatz Bremen und Bremerhaven im nationalen und internationalen Standortwettbewerb weiter gestärkt. Absolute Priorität hat für uns dabei, dass sich die wirtschaftspolitischen Erfolge stärker auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen.

Elemente dieser Neuorientierung werden sein:

- Konzentration auf die Stärkung bremischer Kernkompetenzen.
- Erhöhung der Effizienz und Transparenz der Wirtschaftsförderung.
- Verkopplung und gezielte Nutzung europäischer und nationaler Programme.
- Verzahnung von Innovations-, Wissenschafts-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.
- Konsequente Nutzung der sich aus den ökologischen Herausforderungen ergebenden wirtschaftlichen Chancen.

Die in der Wirtschaftsförderung tätigen bremischen Gesellschaften müssen ihr Profil schärfen. Sie müssen sich als Dienstleister für Unternehmen begreifen, die diese Funktion allein im Auftrag des Senats wahrnehmen. Hierfür werden wir die Aufgaben, Strukturen und Arbeitsweisen der Gesellschaften sorgfältig überprüfen.

Wir wollen den hier ansässigen Unternehmen bessere Entwicklungsperspektiven z. B. durch eine Beratung aus einer Hand geben. Bei der Wirtschaftsförderung soll Frauen sowie Migrantinnen und Migranten ein stärkerer Zugang zu den Programmen eröffnet werden. Die finanzielle Förderung von Unternehmen wird zukünftig grundsätzlich in Form von rückzahlbaren Zuschüssen bzw. Darlehen gewährt. Das spart Kosten. Und wir wollen Ergebnisse und keine Mitnahmeeffekte.

Wir werden in einem ressortübergreifenden strukturpolitischen Konzept unsere Leitlinien für die künftige bremische Investitionspolitik darlegen. Die Koalition wird definieren, wo wir auch bei veränderten Rahmenbedingungen und deutlich reduzierten Mitteln Schwerpunkte setzen und ein herausragendes Entwicklungspotential sehen, um möglichst hohe Effekte für die Wirtschaftskraft und vor allem für neue Arbeitsplätze zu erzielen.

Dabei sind Wissenschaft, Forschung und neue Technologien gerade durch ihre Verbindung mit der Wirtschaft Schlüsselfaktoren für die Zukunft des Landes Bremen. Hier entstehen neue Ideen, neue Produkte, hochwertige Arbeitsplätze, hier erhalten junge Menschen eine exzellente Ausbildung. Bremen und Bremerhaven haben als Erste im Jahre 2005 den Titel „Stadt der Wissenschaft“ gewonnen. Die Universität spielt im Exzellenzwettbewerb eine herausragende Rolle.

Auch bei knappen finanziellen Ressourcen werden wir den Hochschulen die Möglichkeit eröffnen, ihr hohes Niveau in der Forschung zu halten und gute, moderne und vielfältige Studienangebote zu gewährleisten. Die zusätzlichen Mittel für die nächsten

beiden Jahre sind ein deutliches Bekenntnis zu den Hochschulen. Wir knüpfen diese Mittel an die konkrete Bedingung, dass damit eine Verbesserung der Lehre erzielt wird. Wir wollen nicht nur exzellent in der Forschung, sondern auch in der Lehre sein. Da ist noch etwas zu leisten. Das sind wir aber den Studentinnen und Studenten schuldig.

In der Gewerbeflächenpolitik nehmen wir eine Neubestimmung des Integrierten Flächenprogramms vor, um die planerische Grundlage für eine prosperierende und zugleich flächensparende Gewerbeflächen- und Siedlungspolitik zu legen. Bremen und Bremerhaven besitzen ein hervorragendes Angebot an Gewerbeflächen. Dies werden wir nachfrage- und bedarfsbezogen weiterentwickeln. Dabei räumen wir der Binnenentwicklung aus ökologischen wie aus ökonomischen und stadtentwicklungspolitischen Gründen Vorrang ein.

Die Wirtschaft braucht eine gute Infrastruktur. Dies gilt gleichermaßen für Straße, Schiene und Wasserwege. Deswegen werden wir uns beim Bund weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Bremen und Bremerhaven berührenden Vorhaben des Bundesverkehrswegeplans vorrangig verfolgt und zum Abschluss gebracht werden.

In den vergangenen Jahren wurde umfangreich in das innerstädtische Verkehrsnetz und in die Anbindungen zum überregionalen Verkehrsnetz investiert. Diese Investitionen sind weitgehend abgeschlossen oder befinden sich im Abschluss. Zukünftig wird unser Hauptaugenmerk auf der Sicherung und Pflege des Bestandes, sowie auf dem Ausbau des ÖPNV liegen. Investitionen in den ÖPNV steigern die Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsraumes Bremen.

Für die dauerhafte Entwicklung der bremischen Häfen ist ihre Erreichbarkeit von existentieller Bedeutung. Hierfür spielt neben den diversen Vorhaben der Hinterlandanbindung die Sicherung der seewärtigen Zufahrt der Häfen im Lande Bremen die entscheidende Bedeutung. Die Koalition will dabei überhaupt nicht übersehen, dass diese Vorhaben mit erheblichen Auswirkungen für die Umwelt verbunden sind, und auch für den Hochwasserschutz erhöhte Anforderungen bedeuten. Uns ist es aber gelungen, in dieser Frage einen Lösungsweg zu gehen, der den Weserausbau mit der weiteren naturnahen Gestaltung und dem Hochwasserschutz in Einklang bringen wird. Durch umfangreiche Ausgleichs- und Begleitmaßnahmen werden wir sicherstellen, dass die Anforderungen der Hafenwirtschaft und der Schifffahrt in Einklang mit dem Ziel der Verbesserung des ökologischen Zustandes des Flussraums gebracht werden.

Unser Engagement bei der Fertigstellung des Containerterminals IV und dem Ausbau der Kaiserschleuse schafft die Voraussetzungen dafür, dass Bremen und Bremerhaven weiterhin überproportional vom boomenden Welthandel profitieren. Mit dem Jade-Weser-Port stellen wir gemeinsam mit Niedersachsen sicher, dass dies auch in den nächsten Jahrzehnten so sein wird. Dabei kann ich mir vorstellen, dass von diesem länderübergreifenden Engagement auch ein neuer Impuls für eine intensiviertere Zusammenarbeit der deutschen Seehäfen insgesamt ausgeht, und dies wird auch ein kräftiger Wachstumsmotor für die Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten Deutschlands sein.

Bremerhaven wird nicht nur in der Wirtschafts- und Investitionspolitik einen besonderen Stellenwert genießen. Die Sanierung und die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes werden ohne Bremerhaven nicht gelingen. Auch wenn nach wie vor ein erheblicher Aufholbedarf besteht: In den letzten Jahren sind erhebliche Fortschritte gemacht worden.

Wer heute nach Bremerhaven fährt, der sieht eine Stadt im Aufbruch. Die Häfen, die maritime Wirtschaft mit wieder erstarkten Werften, die Offshore-Windenergiebranche, der Tourismus, die Lebensmittelbranche im Fischereihafen und nicht zuletzt Wissenschaft und Forschung mit dem Alfred-Wegener-Institut als Leuchtturm bilden innovative Wachstumskerne, die in der Vergangenheit erheblich ausgebaut worden sind und auch noch weiter ausgebaut werden.

Daran werden wir weiter in enger Zusammenarbeit mit dem Magistrat arbeiten. Dabei kann Bremerhaven auf zwei entscheidende Verabredungen im Koalitionsvertrag bauen: erstens die Aussage, dass aufgrund der nach wie vor bestehenden strukturellen Probleme eine besondere wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung für Bremer-

haven notwendig ist, und zweitens die Zusage, bei den Landesinvestitionen im Rahmen des zu entwickelnden strukturpolitischen Konzeptes überproportional Berücksichtigung zu finden. Damit wird die Seestadt im Ergebnis besser fahren als mit einer bloßen quotalen Festschreibung.

Und ein drittes kommt hinzu: wir haben im Koalitionsvertrag erstmals festgeschrieben, dass jedes Jahr nachgeprüft werden soll, ob die tatsächlichen Investitionen diesen Vorgaben entsprechen. Dies gibt Bremerhaven zusätzlich Sicherheit.

Der Klimawandel und die nach wie vor fortschreitende Zerstörung der Umwelt erzwingen ein entschiedenes Gegensteuern. Wer sich vor Augen führt, dass über 80 % der bremischen Landesfläche im Schutz der Deiche liegen und ohne diese akut überschwemmungsgefährdet wären, dem wird klar: Klimaschutz ist für das Land Bremen kein ökologisches Feigenblatt, sondern elementare Voraussetzung für die Zukunftssicherung unseres Gemeinwesens. Um dem erhöhten Meeresspiegelanstieg Rechnung zu tragen, wird Bremen in Verhandlungen mit Niedersachsen treten, um die im Generalplan Küstenschutz festgelegten Deicherhöhungen gegebenenfalls aufzustocken.

Das Begrenzen des Klimawandels und der Schutz vor Hochwasser sind gerade in Bremen und Bremerhaven unverzichtbare Bestandteile allen Regierungshandelns.

Dabei gilt es auch hier, die Chancen, die dem Prozess innewohnen, konsequent zu nutzen. Neue Technologien ermöglichen schon heute eine deutlich effektivere und umweltschonendere Nutzung der Ressourcen. Wer sie fördert, der schützt nicht nur die Umwelt, sondern schafft Impulse für einen Innovationsprozess und neue sichere Arbeitsplätze.

Unser Ziel muss es sein, durch Energieeinsparung, durch die Steigerung der Energieeffizienz und durch den Ausbau der erneuerbaren Energien einen klimafreundlichen Umbau der Stadt und der Wirtschaft einzuleiten.

Kernelemente dieses Umbaus sind:

1. die Förderung der regenerativen Energien sowie der umweltfreundlichen und effizienten Formen der Energiegewinnung,
2. die Reduktion des Energieverbrauchs von öffentlichen Gebäuden durch ein umfassendes Sanierungsprogramm,
3. die Reduktion des Energieverbrauchs in privaten Gebäuden durch eine energieoptimierte Bauleitplanung und die Festlegung entsprechender baulicher Standards,
4. die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel und den Ausbau des ÖPNV sowie
5. die Förderung und bessere Verzahnung der in Bremen vorhandenen umweltbezogenen Forschungen.

Wir wollen Bremen zum Kompetenzzentrum für Energieeinsparung, erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung machen.

Dabei soll der Koalitionsvertrag auch eine Einladung an all die sein, die hier einen wesentlichen Beitrag leisten können, speziell die bremische Energiewirtschaft. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese engagierten Ziele sich nur gemeinsam mit allen Akteuren erreichen lassen. Deswegen appelliere ich auch nochmals an die swb AG, den im Koalitionsvertrag skizzierten Weg als Chance zu begreifen, ihr Unternehmen hier am Standort so weiterzuentwickeln, dass Beschäftigung und Wertschöpfung gesichert und ein nachhaltiger Beitrag für den Klimaschutz geleistet werden. Wir wollen nicht Beschäftigung oder Klimaschutz – wir brauchen und wir wollen beides.

In diesem Kontext spielt der von der swb AG beabsichtigte Bau eines Kohlekraftwerks eine zentrale Rolle. Die Koalitionäre haben es sich auch an dieser Stelle nicht leicht gemacht. Mit dem verabredeten ergebnisoffenen Prüf- und Moderationsverfahren haben wir einen verantwortungsvollen Weg eröffnet, um eine baldige Entscheidung treffen zu können.

Hier geht es nicht um eine schlichte schwarz-weiß Malerei. Hier die Ökologen, dort die Retter der Wirtschaft und der Arbeitsplätze. Die Welt ist komplizierter und umfassender.

Wir müssen beurteilen können, ob und wie dieses Vorhaben in die formulierten nationalen Klimaschutzziele hineinpasst.

Wir müssen beurteilen, welche Konsequenzen dieses Vorhaben langfristig ökologisch, fiskalisch, ökonomisch und arbeitsmarktpolitisch für Bremen und die Region hat.

Wir haben dazu einen Katalog von Fragen formuliert. Auch die swb hat gesagt, dass sie diese Fragen richtig findet.

Nun müssen wir im Wege des verabredeten ergebnisoffenen Prüf- und Moderationsverfahrens dafür sorgen, dass Antworten gegeben werden, die uns im Herbst eine in alle Richtungen verlässliche Entscheidungsgrundlage liefern.

Wichtig ist dabei, dass wir das Vorhaben in die nationalen Zusammenhänge und Verpflichtungen einordnen. Wir gehen damit einen neuen, einen auch bundesweit viel beachteten Weg.

Wir werden ganz genau beobachtet, wie wir mit der Frage umgehen, und ich würde mir wünschen, dass am Ende auch gesagt werden kann, Bremen habe beispielhaft gehandelt.

Diese Koalition hat es sich zur Aufgabe gemacht, dass wirtschaftliches Wachstum und Prosperität sich auch in der Schaffung und Sicherung von echten, existenzsichernden Arbeitsplätzen niederschlagen muss. Uns ist nicht damit geholfen, dass Unternehmen wachsen, die Gewinne sprudeln und gleichzeitig Arbeitsplätze abgebaut werden. Wir müssen es schaffen, dass alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können. Und dass diejenigen, die den ganzen Tag arbeiten, auch davon leben können. Hierfür müssen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Hand in Hand gehen.

Ich habe mich mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin verabredet, dass Bremen und Berlin gemeinsam eine Bundesratsinitiative für eine flächendeckende Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen starten. Deswegen hat der Senat in der letzten Woche beschlossen, eine entsprechende Gesetzesinitiative in den Bundesrat einzubringen.

Aber wir wollen nicht nur in Berlin fordern, sondern auch vor der eigenen Haustür kehren. Deshalb habe ich mich parallel in einem Schreiben an alle Ressorts mit der Bitte gewandt, in allen Bereichen und auch bei Auftragsvergaben sicherzustellen, dass keine Beschäftigungsverhältnisse bestehen, in denen ein Entgelt von unter 7,50 € gezahlt wird. Zur Vermeidung von Dumpinglöhnen gehört darüber hinaus die umfassende Weiterentwicklung des Vergabegesetzes, mit dem Ziel ökologische und soziale Standards festzulegen.

Der beste Weg zur Verhinderung von dauerhafter Arbeitslosigkeit, die sich „vererbt“, ist die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Hier stehen Staat und Unternehmen gleichermaßen in der Verantwortung. Auch wenn durch gemeinsame Anstrengungen in den letzten Jahren Erfolge erzielt werden konnten, dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass noch zu viele junge Menschen ohne Ausbildung und qualifizierte Jobs bleiben. Wir erwarten auch von der Wirtschaft angesichts des drohenden Fachkräftemangels engagierte Beiträge.

Wir werden die Arbeitsmarktpolitik und die zur Verfügung stehenden Instrumente stärker auf die Zielgruppen konzentrieren, die besonderer Unterstützung bedürfen.

In-Jobs sind ein Instrument, wenn weder eine Qualifizierung noch eine Integration auf dem Arbeitsmarkt möglich ist. Es darf aber nicht so sein, dass sie als staatlich subventionierter Niedrigstlohnsektor missbraucht werden und für die Menschen keine Entwicklungsperspektive bringen.

Bremen und Bremerhaven – Städte des sozialen Zusammenhalts

Bremen und Bremerhavens Lebensqualität und Attraktivität beruhen ganz wesentlich darauf, dass es uns gelungen ist, auch in schwierigen Situationen den sozialen Zusammenhalt in den Städten und in den Quartieren zu erhalten und zu stärken. Wir wollen Chancengleichheit und Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur und gesellschaftlichen Wohlstand sichern und verwirklichen.

Auch bei begrenzten Mitteln und der Notwendigkeit einer weiteren restriktiven Haushaltsführung wird diese Koalition einen Schwerpunkt in der Sozial-, Kinder-

und Jugendpolitik sowie in der Bildungspolitik legen. Das wird sich auch finanziell messbar niederschlagen.

Der Schlüssel für die Überwindung sozialer Spaltung liegt in einer frühzeitigen und individuellen Förderung aller Kinder und Jugendlichen. Dieser Senat wird es nicht hinnehmen, dass zwar 83 % der Akademikerkinder an die Hochschulen gehen, aber nur 23 % der Arbeiterkinder.

Die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen dürfen nicht von der finanziellen und sozialen Situation der Eltern abhängen.

Aus diesem Grund werden wir die Kindertagesbetreuung sowie die Angebote in den Schulen Zug um Zug ausbauen und verbessern. Aber wir verschweigen auch nicht die finanzielle Wahrheit: Die Verabredungen, die wir hierzu getroffen haben, die schrittweise Anhebung der Betreuungszeit auf sechs Stunden, das kostenlose Mittagessen für Kinder von Geringverdienenden, der Ausbau der Betreuungskapazitäten für die unter Dreijährigen und die personelle Verstärkung in den Gruppen stellen gerade auch unter finanziellen Gesichtspunkten eine enorme Herausforderung dar.

Angesichts der Finanzlage Bremens werden die Maßnahmen nicht flächendeckend in einem Schritt umgesetzt werden können. Vielmehr werden wir einen Stufenplan für die nächsten Jahre erarbeiten und uns zu Beginn auf die sozial benachteiligten Stadtteile konzentrieren.

In der Arbeit für Kinder sind vor der Eröffnung aller Bildungs- und Entwicklungschancen die Sicherung des individuellen Kindeswohls und der Schutz vor Vernachlässigung und Misshandlung eine unabdingbare Aufgabe des Staates.

Hiervon dürfen und hier werden wir kein Deut abweichen. Wir wollen, dass Kinder in Bremen und Bremerhaven sicher und geschützt sind.

Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn immer noch viele Schülerinnen und Schüler – gerade mit Migrationshintergrund – ohne Schulabschluss die Schule verlassen und so schon früh Entwicklungs- und Integrationschancen verlieren.

Bildungschancen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Stellung stellen die Grundlage für soziale Gerechtigkeit und eine erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaft dar. Hier müssen alle Bildungseinrichtungen ihren Beitrag leisten.

Daher werden wir die frühkindliche Förderung und die soziale Integration in den Städten und Stadtteilen stärken. Ein längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein wichtiger Schritt. Den Weg zu „einer Schule für alle“ wollen wir in Grundzügen bis zum Frühjahr 2008 in einem Schulentwicklungsplan darstellen. Dabei binden wir Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern sowie externe Experten ein. Wir wollen dabei keinen Tag mit ideologischen Auseinandersetzungen von gestern und vorgestern vergeuden. Der Blick auf Pisa-Vergleichsländer, die beständig besser abschneiden, lässt keinen Zweifel daran, dass im gemeinsamen Lernen, im Lernen über den ganzen Tag und im möglichst intensiven und frühen Fördern der Kinder der Schlüssel für Bildungserfolge liegt. Wir müssen fortfahren mit der Verbesserung der Qualität des Unterrichts, mit dem Ausbau der Ganztagschulen: vier jedes Jahr, davon eine in Bremerhaven.

Wir haben verabredet, dass in dieser Legislaturperiode 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer in Bremen und Bremerhaven eingestellt werden. Die Entlastungen, die aus dem Rückgang der Schülerzahlen resultieren, werden bei den Schulen bleiben, um gezielte Verstärkungs- und Verbesserungsmaßnahmen umzusetzen.

Auch hierbei werden wir nicht mit der Gießkanne vorgehen. Wir wollen uns auf die Quartiere konzentrieren, in denen besonderer Handlungs- und Integrationsbedarf oder besondere Problemlagen bestehen. Nur wenn wir es schaffen, dass nicht nur die Guten noch besser werden, sondern dass wir in der Fläche, in der Summe besser werden, dass wir die Benachteiligten nach vorne holen, haben wir wirklichen und dauerhaften Erfolg. Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir an der Lehr- und Lernmittelfreiheit festhalten, und dass wir keine allgemeine Studiengebühr erheben. Beides würde nur dazu führen, dass unsere Bestrebungen zunichte gemacht werden, diejenigen heranzuführen, die von zu Hause aus schlechtere Startbedingungen haben.

Diese Koalition wird in allen Politikbereichen die Interessen der Stadtteile in besonderer Weise berücksichtigen und sich dabei auf die Stadtteile mit gezielten Schwerpunktsetzungen konzentrieren, in denen der Handlungsbedarf besonders groß ist.

Zur Stärkung der Stadtteile gehört in erster Linie, die Menschen zu motivieren, sich am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv zu beteiligen. Demokratie heißt Teilhabe, und Teilhabe ist nichts Abstraktes, sondern findet ganz konkret vor Ort statt.

Aus diesem Grund haben wir die Stärkung der Beiratsrechte und die Wahl der Ortsamtsleiter durch die Beiräte auf den Weg gebracht. Wir wollen die Ortsämter zu Zentralen des Stadtteilmanagements entwickeln, mit der Befähigung und dem Auftrag, sich aktiv und gestaltend in die Themen des Stadtteils einzumischen. Dazu braucht es mehr direkte Entscheidungskompetenzen und entsprechende finanzielle Mittel. Der Bedeutung und der Wertschätzung dieser Form der lokalen Demokratie werden wir dadurch gerecht, dass Beiratsangelegenheiten erstens an die Senatskanzlei angebunden werden, und zweitens die unmittelbare Zusammenarbeit zur Bremischen Bürgerschaft intensiviert wird. Die Stadtbürgerschaft wird zum zentralen Forum für Stadtteildemokratie.

Ferner sollen die Möglichkeiten, in Form von direkter Demokratie Einfluss zu nehmen, für die Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet werden. Wir werden die entsprechenden Quoren absenken und prüfen, inwieweit Volksbegehren auch bei mittelbaren finanziellen Auswirkungen zulässig sind und wie in einem Pilotprojekt „Bürgerhaushalt in bremischen Quartieren“ die Beteiligungsmöglichkeiten auch auf diesem Wege ausgeweitet werden können.

Über die Lebensqualität und Attraktivität Bremens für die Menschen, die hier leben, entscheiden ganz wesentlich die Stadtteile und ihre Angebote.

Die Akteure dabei reichen vom Sportsenator mit seinen Sportflächen und der wertvollen Unterstützung der Vereine mit ihrer großartigen ehrenamtlichen Arbeit über die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales mit ihren Angeboten für Alte, Kinder und Jugendliche, über den Innensenator mit der Polizei bis hin zum Kultursenator mit der vielfältigen und bunten Kulturszene.

Gerade der Sport – der Breitensport, aber auch der Spitzen- und Publikumssport – ist in der Lage, Menschen unterschiedlicher Bildung, Einkommen, Lebensalter und Herkunft zusammen zu führen und bietet vielen jungen Menschen die Chance, am sozialen Leben unserer Stadt teilzunehmen.

Alle müssen gemeinsam und aufeinander abgestimmt handeln.

Die Potenziale zur nachhaltigen Stadtentwicklung Bremens sind durch innovative und städtebaulich anspruchsvolle Projekte zu nutzen. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen konzentriert sich Bremen dabei verstärkt auf die Innenentwicklung. Beispielhaft soll die Überseestadt schrittweise zu einem urbanen Stadtteil entwickelt werden, in dem eine Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Dienstleistung angestrebt wird.

Die zentrale Entwicklungsachse Weser bietet hervorragende Voraussetzungen für Stadtentwicklungsprojekte mit innovativem stadtbildprägendem Anspruch.

Wir haben, um ein Beispiel aus dem Sozialbereich herauszugreifen, verabredet, dass wie in Hannover modellhaft in einem Stadtteil, unter Einbeziehung der Krankenkassen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und ehrenamtlich Tätigen regelmäßig die älteren Menschen zu Hause besucht werden. Das ist etwas, was im Stadtteil konkret hilft und auch nicht Unsummen kosten wird.

Ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass wir das WiN-Programm ungeschmälert fortsetzen. Mit diesem Programm erreichen wir unzählige Menschen in den Quartieren und geben ihnen eine Perspektive. Wir wollen darüber hinaus die Programme, die es insbesondere im Bau- und im Sozialbereich gibt und die eine starke Stadtteilorientierung haben, zusammenführen und verzahnen, um auch bei knappen Mitteln das Optimum für die Stadtteile zu erreichen.

Für den Zusammenhalt der Quartiere ist eine stabile Einwohnerschaft ein weiterer Schlüssel. Deshalb muss Schluss sein mit unnötigen und die Menschen verunsichernden Umzugsaufrufen. Wir werden die Mietgrenzen an das Niveau vergleichbarer Großstädte anpassen. Zukünftig werden nur noch dann Menschen aufgefordert, in eine günstigere Wohnung zu ziehen, wenn annehmbarer Ersatzwohnraum tatsächlich und konkret vorhanden ist.

Davon profitieren die betroffenen Stadtteile entscheidend.

Auch die innere Sicherheit ist zentral, wenn es darum geht, die Stabilität unseres Gemeinwesens zu erhalten. Die Koalition hat sich vorgenommen, in diesem Bereich einen deutlichen Akzent zu setzen, gerade was den personellen Einsatz angeht. In den nächsten Jahren werden für die Polizei Bremen 260 Polizeianwärter neu eingestellt. Bremerhaven erhält die Mittel für 52 Neueinstellungen. Damit stellen wir sicher, dass sie mit Abschluss ihrer Ausbildung alle ausscheidenden Polizisten ersetzen werden. Dies stellt eine erhebliche Kraftanstrengung dar.

Diese ist jedoch nicht nur aus Gründen der objektiven oder subjektiven Sicherheit, sondern auch aus sozialen und sozialpolitischen Gründen sinnvoll. Nicht nur weil unsere Polizei mit ihren präventiven Ansätzen und der engen Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Trägern und Ressorts einen wertvollen Beitrag für die Sozialpolitik leistet. Vielmehr profitieren von einer starken Polizei gerade die Schwachen in einer Gesellschaft, die, die sich keinen Sicherheitsdienst leisten können. Wer sich in seinem Quartier nicht mehr sicher fühlt, wer deswegen zu Hause bleibt, Angebote nicht nutzt, dem wird ein Stück seiner Freiheit genommen. Und sie gibt gerade den Menschen die erforderliche Sicherheit, die die unausweichlichen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse am ehesten als individuelle Bedrohung wahrnehmen. Je stärker der Veränderungsdruck in einem Gemeinwesen ist, desto höher ist der Wunsch nach Sicherheit.

Besondere Aufmerksamkeit wird die Koalition dem Problem der Jugendkriminalität widmen. Die steigende Zahl jugendlicher Straf- und Gewalttäter betrachten wir mit großer Sorge. Wir haben daher vereinbart, noch im Jahr 2007 ein gemeinsames Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt!“ vorzulegen, in dem die unterschiedlichen Ansätze und Möglichkeiten der beteiligten Ressorts zu einem wirksamen Maßnahmenbündel zusammengefasst werden.

Wie die innere Sicherheit gehört das Gesundheitswesen zu den Kernbestandteilen öffentlicher Daseinsvorsorge. Die Frage, ob jemand eine notwendige medizinische Versorgung erhält, darf nicht von seiner sozialen Herkunft und seinem Einkommen abhängig sein. Aus diesem Grund werden wir die politischen Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten der Gesundheitspolitik, insbesondere auch was das Krankenhauswesen angeht, erhalten.

Wir dürfen unsere kommunalen Krankenhäuser nicht privatem Renditekalkül überlassen. Deshalb bleiben alle vier kommunalen Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft. Sie bieten für die Menschen der Region wichtige und hochwertige medizinische Dienstleistungen an, und sind zugleich Arbeitgeber für tausende Bremerinnen und Bremer.

Unsere Krankenhäuser zukunftsfest zu machen, wird ein hartes Stück Arbeit. In der gemeinsamen Zukunft der bremischen Krankenhäuser haben alle Kliniken ihren eigenständigen Platz und ihr wahrnehmbares Profil.

Es wird kein Standort auf Kosten des anderen saniert.

Dieses Versprechen kann ich Ihnen geben.

Der Neu- und Umbau des Klinikums Bremen-Mitte auf Grundlage des Masterplans KBM ist dabei eine zentrale Maßnahme, wenn es um die Zukunftsfähigkeit des Verbundes geht. Die endgültige Entscheidung erfolgt auf Basis der Ergebnisse des jetzt laufenden Verfahrens. Für den Fall, dass das PPP-Verfahren nicht erfolgreich abgeschlossen werden kann, werden Neu- und Umbau auf Grundlage des Masterplans durch das Klinikum Bremen-Mitte selbst realisiert.

Bremen und Bremerhaven sollen offene, menschenfreundliche Städte bleiben. Niemand soll das Gefühl haben, Du gehörst nicht zu uns, wir wollen Dich nicht.

Integration ist eine unserer zentralen Zukunftsaufgaben. Integration ist keine Einbahnstraße, aufnehmende und zugewanderte Bürgerinnen und Bürger stehen gleichermaßen in der Pflicht.

Bremen und Bremerhaven sind interkulturelle, tolerante und weltoffene Städte. Durch die Zuwanderinnen und Zuwanderer sind wir gesellschaftlich und kulturell reicher geworden.

Immer mehr bremische Unternehmen sind international verflochten und setzen immer mehr auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit interkultureller Kompetenz. Die hanseatische Weltoffenheit, die Internationalität und die hohe Kompetenz der Fachkräfte sind ein wichtiger Standortfaktor.

Auch stellt die zunehmende Anzahl der von Migrantinnen und Migranten geführten Unternehmen einen erheblichen ökonomischen Faktor dar.

Bremen ist schon lange ein Einwanderungsland. Und wir sehen in der Pluralität und in der Vielfalt der Kulturen und Religionen eine große Chance.

Wir müssen in unserer immer stärker vernetzten Welt und Gesellschaft das Bewusstsein schärfen, dass Verschiedenheit bereichert und nicht bedroht.

Ungeachtet der Erfolge bremischer Integrationspolitik bleibt ein erheblicher Handlungsbedarf. In diesem Sinne ist das „Konzept zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Land Bremen“, das Grundsätze, Leitlinien und konkrete Maßnahmen für die bremische Integrationspolitik enthält, weiterzuentwickeln.

Die Integrationsarbeit muss sich dabei vor allem auf die Schwerpunkte: Förderung des Spracherwerbs, Ausbildung und Arbeitsmarkt, Steigerung der Migrantenquote im öffentlichen Dienst, Beteiligungsmöglichkeiten und Hilfestellungen im Alter und in der Gesundheit konzentrieren.

In den bürgernahen Diensten sollen Zuwanderinnen und Zuwanderer mit entsprechenden Qualifikationen bei den Einstellungen stärker berücksichtigt werden. Zugleich werden wir die interkulturelle Kompetenz aller Beschäftigten durch Fortbildung erhöhen.

Den „Rat für Integration“ werden wir politisch aufwerten und effektiver organisieren. Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer benötigen schnelle Orientierung und passende Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache. Aber auch denen, die schon länger hier leben, geben wir Hilfestellungen bei ihrer Integration.

Zu einer glaubwürdigen Zuwanderungspolitik gehört auch, dass diese Regierung schnellstens daran gehen wird, die unhaltbaren Zustände im Ausländeramt zu beheben.

Zu einem weltoffenen Bremen gehört auch ein entschiedenes Vorgehen gegen jegliche braunen Umtriebe. Braunen Aufmärschen wie letztes Jahr in Gröpelingen werden wir uns immer widersetzen. Deswegen wollen wir auch prüfen, wie durch eine Neufassung des Versammlungsrechts unter Wahrung rechtlicher Rahmenbedingungen dem antifaschistischen Auftrag der Landesverfassung Rechnung getragen werden kann.

Eine entscheidende Bedeutung für die Lebensqualität und den Zusammenhalt in unseren Städten kommt der Kultur zu. Die Sicherung der Chancengleichheit des Einzelnen in der Gesellschaft erfolgt in hohem Maße über die Beteiligung am kulturellen Leben. Kultur wirkt in den Stadtteilen, aber auch in vielen Bereichen, denn Kultur ist auch Bildung, Wissenschaft, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Soziales.

Die kulturelle Vielfalt ist ein besonderes Kennzeichen Bremens. Deshalb wird die Koalition sie schützen und für verlässliche politische Rahmenbedingungen sorgen.

Selbständigkeit und finanzielle Lebensgrundlagen sichern

Der Koalitionsvertrag und das, was wir darin verabredet haben, ist ein ehrgeiziges Vorhaben.

Wir wollen es schaffen, dass unser Land und unsere beiden Städte weiterhin wirtschaftlich wachsen;

wir wollen, dass unsere Häfen florieren, für die deutsche Wirtschaft, aber auch damit Menschen aus der Region hier Arbeit finden;

wir wollen dass unsere Hochschulen weiterhin eine exzellente Ausbildung und Forschung bieten und oben mitspielen;

wir wollen, dass immer mehr Menschen unser schönes Bundesland zur Heimat nehmen.

Bei aller Notwendigkeit zur Sparsamkeit und zur ständigen Prüfung, ob staatliche Aufgaben notwendig sind und ob sie günstiger angeboten werden können: Bremen und Bremerhaven sind Kommunen und nicht Konzerne, die Bereiche schließen, weil sie nicht wirtschaftlich sind und die Leute einfach rausschmeißen.

Politik darf sich nicht allein auf kurzfristige Erfolge beschränken, sondern muss auch dort investieren, wo es betriebswirtschaftlich erst einmal scheinbar keinen Sinn macht: in Kindergärten, in die Schulen, in soziale Strukturen, in Sicherheit.

Nur so können wir den Menschen in Bremen und Bremerhaven langfristig eine Perspektive bieten. Das geht nicht ohne Staat.

Das Land Bremen steht nach wie vor unter einem erheblichen finanziellen Druck. Die schwierige Haushaltslage schnürt unsere Handlungsspielräume extrem ein. Wir klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, um diese Haushaltsnotlage zu bewältigen und werben gleichzeitig im Rahmen der Föderalismusreform für eine gerechte Behandlung im bundesstaatlichen Finanzsystem.

Wir wissen, dass in einigen Bereichen die Grenze des Zumutbaren beim Sparen erreicht ist und neue Herausforderungen bewältigt werden müssen. Grundlage zur Darstellung unserer Eigenanstrengungen ist der nach Karlsruhe gemeldete fortgeschriebene Finanzrahmen, der Bestandteil des Koalitionsvertrages ist. Darin verpflichten wir uns, die Investitionsausgaben schrittweise auf das Niveau Hamburgs zurückzuführen, die Steuermehreinnahmen im vollen Umfang zur Verringerung der Kreditaufnahme einzusetzen, die Personalausgabenwüchse von 2008 bis 2011 auf jährlich 1 % zu begrenzen und die konsumtiven Ausgaben 2008 um 0,9 % und 2009 um 0,7 % abzusenken.

Dies bedeutet für die Regierungskoalition, dass wir unsere skizzierten Schwerpunkte nicht durch „Draufsatteln“ umsetzen können, sondern uns durch Umsteuerung und Verzicht selber erwirtschaften, ja erarbeiten müssen. So werden die notwendigen Personalverstärkungen an den Stellen wo der Bürger sie braucht – wie bei der Polizei, in den Schulen, im Jugendbereich – nur dann finanzierbar sein, wenn gleichzeitig in anderen Bereichen, in den Kernbereichen, bei internen Verwaltungen, in erheblichem Umfang eingespart wird. Hierfür muss die Effektivität und Effizienz weiter gesteigert werden.

Wir müssen aber auch Aufgaben in Frage stellen, ressortübergreifende und länderübergreifende Kooperationen insbesondere mit Niedersachsen suchen. Aber wir werden es nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes durchsetzen, sondern mit ihnen. Ein wichtiges Signal ist in diesem Zusammenhang, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird. Auch die Vereinbarung, dass im Jahr 2008 eine lineare Anpassung der Besoldung bei den bremischen Beamtinnen und Beamten erfolgen wird, ist ein Signal dafür.

Die enge Zusammenarbeit der norddeutschen Länder, aber gerade auch mit den Partnern in der Metropolregion ist ein weiterer Baustein zur Sicherung der bremischen Selbständigkeit. Die besonderen strukturellen Bedingungen in der Küstenregion begründen eine gemeinsame Interessenslage.

Die Zusammenarbeit zwischen Bremen und Niedersachsen hat mit der Gründung der Metropolregion Bremen–Oldenburg im Nordwesten eine neue Dimension erhalten. Wir werden die von der ersten Metropolversammlung eingeleitete Positionierung fortführen und durch weitere gemeinsame Initiativen der beiden Länder Bremen und Niedersachsen unterstützen.

Der Koalitionsvertrag weist Felder aus, wo wir uns noch erhebliches Mobilisierung- und Effektivierungspotential versprechen:

Zum Beispiel das Liegenschaftswesen, wo wir klare Verantwortlichkeiten, effektive Strukturen und Transparenz schaffen werden.

Wir werden die Verwaltungsmodernisierung enger mit unseren Instrumenten des e-Government zusammenbringen mit dem Ziel, Kosten zu senken und gleichzeitig die Qualität der erbrachten Leistungen zu erhöhen.

Bei den Beteiligungen muss klar sein: Die Gesellschaften werden durch den Senat gesteuert und kontrolliert. Nicht zuletzt der Untersuchungsausschuss Klinikverbund hat gezeigt, welche Gefahren darin liegen, wenn Gesellschaften unkontrolliert ihr Eigenleben entwickeln. Es muss stets gewährleistet sein, dass die Gesellschaften in ihrem Handeln einen Beitrag für die formulierte Politik des Senats leisten. Es darf hier keine Fürstentümer oder Sonderzonen geben. Wir werden dafür sorgen, dass die in der Verwaltung geltenden Standards, was beispielsweise Räume, Ausstattung oder IT angeht, auch in den Gesellschaften zur Anwendung kommen.

Wir haben verabredet, dass das Landesgleichstellungsgesetz auch für die Gesellschaften Anwendung finden wird. Und wir werden prüfen, ob alle Aufgaben, die zurzeit in Gesellschaften wahrgenommen werden, dort tatsächlich im Interesse Bremens richtig und günstig erfüllt werden, oder ob es besser ist, die Aufgaben direkt durch die Verwaltung durchführen zu lassen.

Diese Koalition wird auch die Investitionsausgaben auf das beschlossene Niveau senken müssen. Dies ist insbesondere wegen der hohen Vorverpflichtungen ein zum Teil schwieriges und schmerzhaftes Unterfangen. Wir müssen noch sorgfältiger, noch sensibler mit den begrenzten Investitionsmitteln umgehen und jeden Euro nicht zweimal, sondern drei oder viermal umdrehen und immer abwägen, ob die entsprechende Investitionsentscheidung notwendig, sinnvoll und wirtschaftlich ist.

Hierfür ist es erforderlich, die Investitionsprogramme zusammenzuführen, die Fonds und Sondertöpfe aufzulösen, die Sondervermögen einzubeziehen und auch die Wirtschaftsförderungsausschüsse abzuschaffen.

Wir wollen eine transparente Investitionspolitik aus einem Guss.

Vieles Wünschenswerte wird nicht finanzierbar sein. Wir werden darüber, was notwendig ist, einen öffentlichen Diskurs führen, unsere Entscheidungen transparent machen und klare Prioritäten setzen – im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern.

Aber um auch dies deutlich zu sagen: Dieser Koalitionsvertrag ist der erste, der nicht mehr, sondern weniger Ausgaben bedeutet und deswegen auch ein richtiges Signal an das Verfassungsgericht, den Bund und die anderen Länder sendet.

Wir machen dies nicht zum Selbstzweck, sondern auch in der Gewissheit, dass das, was wir uns für die nächsten Jahre vorgenommen haben, darüber entscheidet, ob Bremen und Bremerhaven eine sichere Zukunft haben.

Die Selbständigkeit Bremens ist kein antiquierter Status. Selbständigkeit bedeutet Mitwirkungs- und eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass wir unmittelbar unsere Interessen wahrnehmen können. Sie bedeutet direkte, eigene schnelle Entscheidungsmöglichkeiten, von denen die Menschen und Unternehmen in Bremen und Bremerhaven profitieren. Es ist Stärke und Chance eines Stadtstaates, eigene Gestaltungskraft und Entscheidungskompetenz mit Bürgernähe und Transparenz zu verknüpfen.

Lassen Sie uns an die Arbeit gehen. Ich möchte meine Einladung an Sie hier im Haus, aber auch an alle Bremerinnen und Bremer und Bremerhavenerinnen und Bremerhavener aussprechen: Machen Sie mit, gestalten Sie mit, bringen Sie sich ein. Jede und jeder Einzelne ist in ihrem und seinem Engagement für die gute Sache Bremens willkommen.

Vielen Dank!